

III- **31** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.442/4-V/1/87

An den

Herrn Präsidenten des
Nationalrates

1017 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Betrifft: Bericht über die Tätigkeit des
Verfassungsgerichtshofes im Jahre 1986

I.

Ich beehre mich, in der Anlage den Tätigkeitsbericht des
Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1986 dem Nationalrat
gemäß § 21 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 vorzulegen.

Dieser Tätigkeitsbericht wurde der Bundesregierung in ihrer
Sitzung am 23. Juni 1987 zur Kenntnis gebracht.

II.

Dem Bericht des Verfassungsgerichtshofes ist zu entnehmen, daß
die steigende Tendenz der anfallenden Rechtssachen weiterhin
anhält. Im Vergleich zu 1985 sind im Jahre 1986 rund
300 Rechtsfälle mehr angefallen. Dennoch konnte erreicht
werden, daß die Zahl der am Jahresende offenen Rechtsfälle
geringer ist als im Jahre 1985. Hinsichtlich der am Jahresende
offenen Rechtsfälle ist daher weiterhin eine sinkende Tendenz
zu beobachten.

Aus den im Bericht des Verfassungsgerichtshofes enthaltenen
Statistiken ist auch zu entnehmen, daß die Rückstände eine
sinkende Tendenz aufweisen. Es kann daher auch in Zukunft mit

- 2 -

einer kürzeren Verfahrensdauer vor dem Verfassungsgerichtshof gerechnet werden.

Aus alledem ergibt sich, daß die Maßnahmen, die zur Entlastung des Verfassungsgerichtshofes gesetzt worden sind, sich als wirkungsvoll erwiesen haben.

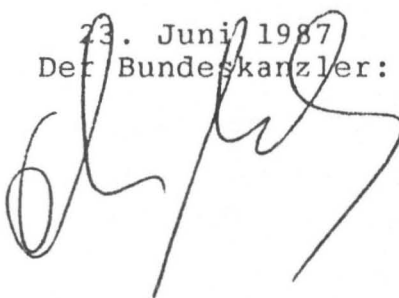
III.

Die Wahrnehmungen des Verfassungsgerichtshofes, die unter Pkt. VI seines Tätigkeitsberichtes enthalten sind, wurden den angesprochenen Stellen zur Kenntnis gebracht. Den Ausführungen in Pkt. VI.1. hält das zuständige Bundesministerium für Finanzen folgendes entgegen:

"Auf dem Gebiete der Grunderwerbsteuer fallen jährlich ca. 160.000 Geschäftsfälle an, wobei eine große Zahl der Steuerpflichtigen ein Rechtsmittel einbringt. Diese Rechtsmittel werden nach Maßgabe der sachlichen und personellen Möglichkeiten chronologisch einer Erledigung zugeführt. Gerade die in den Monaten November und Dezember 1986 sowie Jänner 1987 angefallenen Beschwerden bei den Höchstgerichten beweisen, daß im Bereich der Grunderwerbsteuer auch in diesem Zeitraum über eine Fülle von Berufungen entschieden wurde.

Diese Vorgangsweise einer chronologischen Bearbeitung führte allerdings zu Unmutsäußerungen zweier Anwälte, welche beantragt hatten, die von ihnen vertretenen Rechtssachen vorzuziehen. Eine solche Vorreihung hätte nur zu Lasten anderer Berufungswerber erfolgen können und damit eine neue Ungerechtigkeit geschaffen.

23. Juni 1987
Der Bundeskanzler:



Verfassungsgerichtshof
Judenplatz 11, 1010 Wien
GZ 2000/1-Präs/87

B E R I C H T

Über die Tätigkeit des Verfassungsgerichtshofes im Jahre 1986

I. Geschäftsgang

1. Im Berichtsjahr 1986 ist der Verfassungsgerichtshof zu vier Sessionen (Feber/März, Juni, September/Okttober und November/Dezember) zusammengetreten. An 43 Tagen wurden insgesamt 51 öffentliche Verhandlungen durchgeführt. An 61 Halbtagen wurden nicht-öffentliche Sitzungen abgehalten. Insgesamt haben an 72 Tagen Beratungen stattgefunden.

An den Verfassungsgerichtshof wurden im Berichtsjahr 1986 1683 neue Fälle herangetragen, 1727 Fälle konnten im gleichen Zeitraum erledigt werden. Unter Berücksichtigung der aus früheren Jahren offenen Fälle ergibt sich zum Ende des Berichtsjahres ein Stand von 904 offenen Zahlen.

- 2 -

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung seit 1981:

<u>Jahr</u>	<u>angefallen</u>	<u>erledigt</u>	<u>offene am Jahresende</u>
1981	877	694	1545
1982	859	1027	1377
1983	1022	959	1440
1984	1214	1211	1443
1985	1358	1853	948
1986	1683	1727	904

2. Im Berichtsjahr 1986 standen dem Verfassungsgerichtshof - wie bereits seit 1981 - 8 ständige Referenten zur Verfügung, deren jeder im Durchschnitt 216 Entscheidungen vorbereitet hat. Damit wurde die extrem hohe Erledigungszahl des Jahres 1985 (231) in der Größenordnung beibehalten.

II. Personalstand

1. Das Verwaltungspersonal des Verfassungsgerichtshofes bestand in den ersten vier Monaten des Berichtsjahres aus 57 Bediensteten. Am 20. Mai bzw. am 1. Juni 1986 wurden 2 neugeschaffene Planstellen für Portiere besetzt.

Das rechtskundige Verwaltungspersonal des Verfassungsgerichtshofes bestand zum Ende des Berichtsjahres aus einem Präsidialvorstand und 19 (bis 30. Juni 1986 20) wissenschaftlichen Mitarbeitern. Eine im Stellenplan für 1986 systemisierte, einen Teil des Jahres 1986 unbesetzt gebliebene Planstelle der Verwendungsgruppe A wurde im Jänner 1987 nachbesetzt.

- 3 -

Das nicht rechtskundige Verwaltungspersonal bestand aus einem Sachbearbeiter der Verwendungsgruppe B, 24 Kanzlei- und Schreibkräften, 5 Amtswarten, 2 Portieren und 6 Bediensteten in handwerklicher Verwendung (Kraftfahrer, Drucker und Reinigungskräfte).

2. Übersicht:

Verwendungsgruppe/ Entlohnungsgruppe	1.1. - 31.12.1986		
	Beamte	VB	Summe
A/a	8	12	20 *)
B/b	1	-	1
C/c	9	6	15
D/d	-	9	9
-/d Jgdl.	-	1	1
E/e	-	6	6 **)
p3/p3	1	1	2
p5/p5	-	4	4
			<hr/> 58 ***)

*) 1.1.1986 - 30.6.1986: 21

**) Davon 2 ab 20.5. bzw. 1.6.1986

***) 1.1.1986 - 30.6.1986: 59

III. Entlastung/Statistik

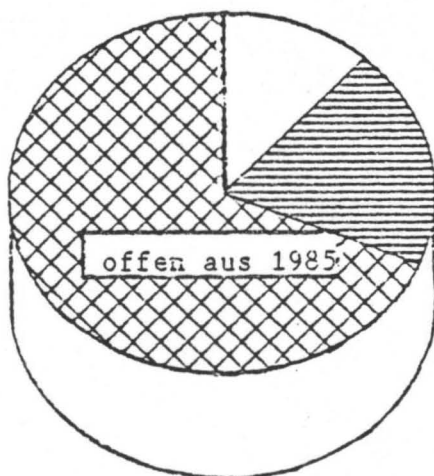
1. Die unten stehenden Graphiken und Übersichten zeigen den nachhaltig positiven Effekt der in den Jahren 1984 und - in geringerem Ausmaß - 1985 gesetzten Maßnahmen zur Entlastung des Verfassungsgerichtshofes.

Wieder ergibt sich im Verhältnis der neu eingegangenen und der erledigten Fälle ein positives Bild.

Die Zahl der zum Ende des Berichtsjahres offenen Fälle liegt zum zweiten Mal seit 1979 wieder deutlich unter 1000 und hat sich seit dem Vorjahr um weitere 44 Fälle verringert (1985: 948, 1986: 904). Dies ist umso bemerkenswerter, als der Aktenanfall gegenüber dem Vorjahr um 325 Fälle oder rund 24 % angestiegen ist. Die durchschnittliche Erledigungsdauer ist wesentlich kürzer geworden.

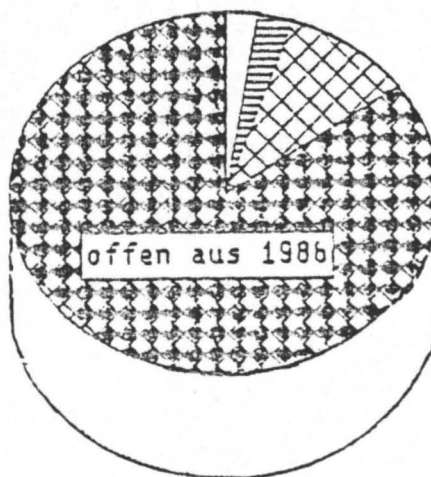
offene Fälle
aus Vorjahren

1.1.1986

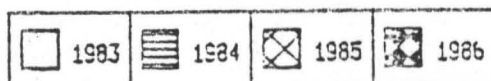


Anzahl = 948

31.12.1986



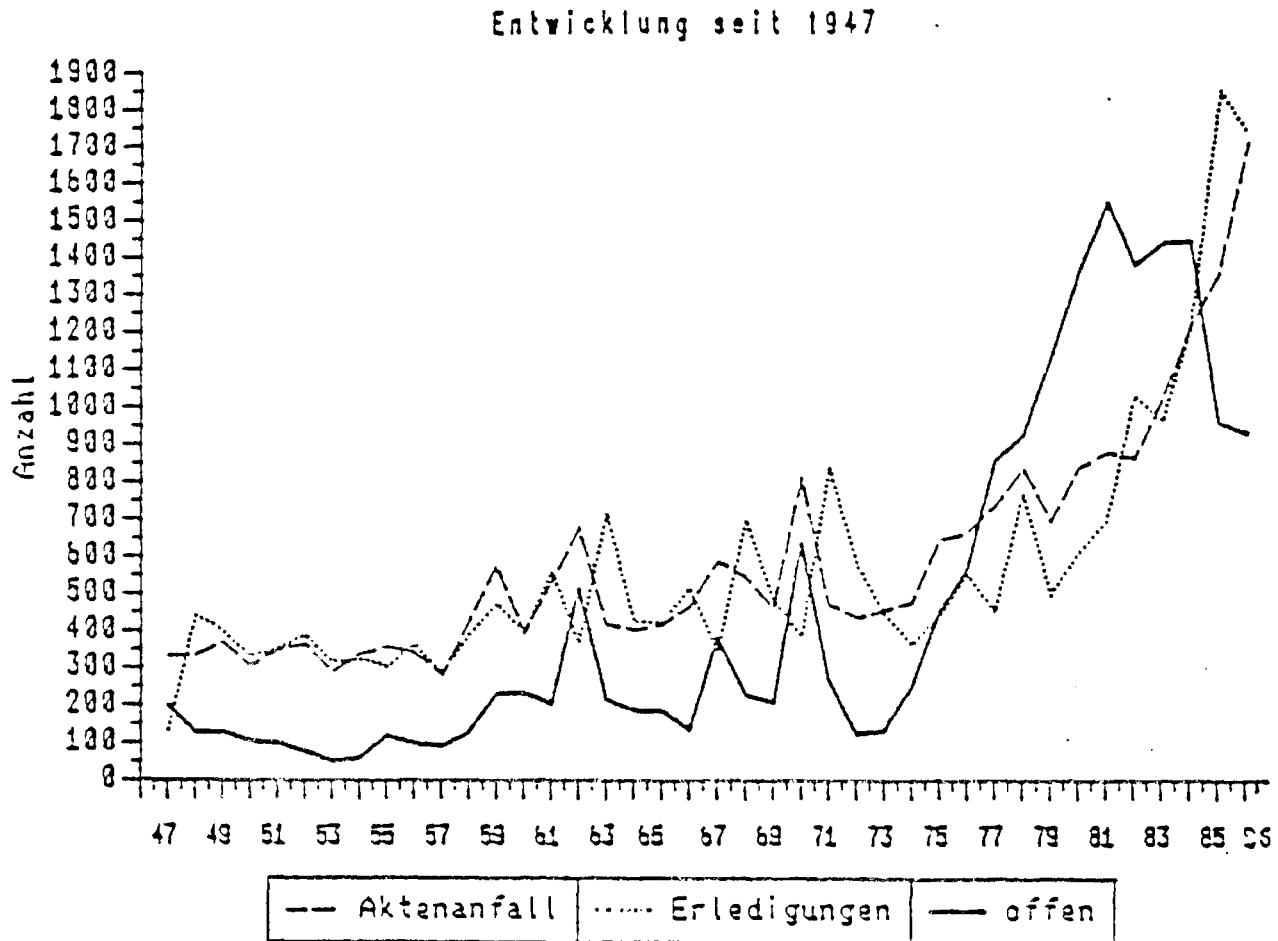
Anzahl = 904



und
älter

- 5 -

Die folgende Graphik zeigt die Entwicklung des Aktenanfalles, der Erledigungen und des Standes an offenen Zahlen zum Ende des jeweiligen Berichtsjahres über einen Zeitraum von 1947 bis 1986:



Ein Vergleich mit der Statistik des Vorjahres zeigt, daß der 1985 erreichte Standard - trotz des deutlich erhöhten Aktenanfalles im Berichtsjahr - gehalten werden konnte und daß der Verfassungsgerichtshof sein Ziel, Rückstände aus weit zurückliegenden Vorjahren abzubauen und somit die Verfahrensdauer drastisch zu verkürzen, erreicht hat:

Aufgliederung der offenen Fälle zum 1.1.1986

	Kla- gen nach Art. 137	Kompetenzent- scheidungen nach		Ver- ord- nungs- prü- fung nach Art. 139	Ge- set- zes- prü- fung nach Art. 140	Wahl- an- fech- tung nach Art. 141	Man- dats- ver- lust	Volks- begeh- ren- An- fech- tung	An- kla- gen nach Art. 142 und 143	Be- schwer- den nach Art. 144	Zusam- men
		Art. 126a	Art. 138 Abs.1 Abs.2								
offen aus 1978	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	1	1
offen aus 1979	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
offen aus 1980	2	0	0 0	0	0	0	0	0	0	2	4
offen aus 1981	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
offen aus 1982	0	0	0 0	5	1	0	0	0	0	7	13
offen aus 1983	2	0	0 1	7	1	0	0	0	0	81	92
offen aus 1984	0	0	0 0	3	3	1	0	0	0	182	189
offen aus 1985	35	0	1 0	25	39	13	0	0	0	536	649
	39	0	1 1	40	44	14	0	0	0	809	948

Die Zahl der aus den Jahren 1978 bis 1982 anhängigen Verfahren konnte im Berichtsjahr auf einen offenen Fall aus 1980 reduziert werden, dessen Erledigung von der eines anderen Falles und von Verhandlungen zwischen den Prozeßparteien abhängig ist.

Darüber hinaus wurden die zum Anfang des Berichtsjahres aus den Jahren 1983 bis 1985 anhängigen 930 Fälle mit 31.12.1986 auf 138 Fälle reduziert.

Aufgliederung der offenen Fälle zum 31.12.1986

Kla- gen nach Art. 137	Kompetenzent- scheidungen nach			Ver- ord- nungs- prü- fung nach Art. 139	Ge- set- zes- prü- fung nach Art. 140	Wahl- an- fech- tung nach Art. 141	Man- dats- ver- lust	Volks- begeh- ren- An- fech- tung	An- kla- gen nach Art. 142 und 143	Be- schwer- den nach Art. 144	Zusam- men
	Art. 126a	Art. 138 Abs.1	Abs.2								
offen aus 1980	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1*)
offen aus 1981	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
offen aus 1982	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
offen aus 1983	0	0	0	0	0	0	0	0	0	22	22
offen aus 1984	0	0	0	0	1	0	0	0	0	24	25
offen aus 1985	0	0	0	3	4	0	0	0	0	84	91
offen aus 1986	9	0	0	34	97	2	0	0	0	623	765
	10	0	0	37	102	2	0	0	0	753	904

Bemerkenswert ist, daß die Senkung der Rückstände nicht nur auf eine verstärkte Inanspruchnahme der Ablehnungstatbestände nach Art 144 B-VG zurückzuführen ist:

Im Berichtsjahr wurde in 669 Fällen die Behandlung von Beschwerden nach Art. 144 B-VG abgelehnt (1985: 699 Fälle). Bezieht man in die Zahl der Erledigungen des Berichtsjahres die Ablehnungen nicht ein, so bleiben 1058 erledigte Fälle (1985: 1154). Es ist somit das Verhältnis der Ablehnungen zu den sonstigen Erledigungen im Vergleich zum Jahr 1985 nahezu gleichgeblieben.

In ca. 25 % aller im Berichtszeitraum erledigten Fälle endete das verfassungsgerichtliche Verfahren mit einer für den Einschreiter positiven Entscheidung oder führte es zu einer Aufhebung von Rechtsvorschriften in amtswegig eingeleiteten Normenprüfungsverfahren.

*) Vgl. dazu die vorstehenden Ausführungen auf Seite 6.

IV. Organisatorische Maßnahmen:

1. Im gerichtlichen Bereich:

Neugestaltung der öffentlichen mündlichen Verhandlung:

Die im Tätigkeitsbericht 1985 angekündigte Änderung in der Praxis der öffentlichen mündlichen Verhandlung vor dem Gerichtshof durch verstärkte Befragung der Verfahrensparteien hat sich im Berichtsjahr bewährt, indem sie erheblich zu einer lebendigeren, weniger formalen und ökonomischen Gestaltung der Verhandlungen beigetragen und somit den Stellenwert der Verhandlung im Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof erhöht hat.

An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, daß der Verfassungsgerichtshof von der durch § 19 Abs. 4 der Novelle zum Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. 297/1984, gebotenen Möglichkeit, in bestimmten weiteren Fällen von der Durchführung einer mündlichen Verhandlung abzusehen, häufig Gebrauch gemacht hat, was zu einer erheblichen Zunahme der Beratungszeit für nichtöffentlich zu behandelnde Fälle geführt hat.

2. Im Justizverwaltungsbereich:

a) EDV/Büroautomation:

Die Entwicklung auf diesem Gebiet bis Ende 1985 wurde im Tätigkeitsbericht des Vorjahres ausführlich dargestellt. Zusammenfassend dargestellt mußte 1985 eine endgültige Entscheidung für ein bestimmtes EDV-System mangels zur Verfügung stehender Mittel für eine aufwendige Verkabelung und im Hinblick auf die Aussicht, die 1986 zu beschaffende digitale Telefonnebenstellenanlage anstelle dieser Verkabelung für den hausinternen Datentransport heranzie-

- 9 -

hen zu können, aufgeschoben werden. Eine Probeinstallation geringen Umfanges wurde im Haus Jordangasse 7a realisiert.

In der ersten Jahreshälfte 1986 wurde für den Verfassungsgerichtshof eine digitale Telefonnebenstellenanlage ausgeschrieben und Anfang September 1986 installiert. Im selben Monat führte der Verfassungsgerichtshof einen im Jahre 1985 vereinbarten Test mit den beiden letztlich in Frage kommenden EDV-Herstellern sowie dem Telefonanlagenhersteller durch, in dem die EDV-Hersteller ihre Fähigkeit, Daten über die digitale Telefonnebenstellenanlage (und nicht über eine aufwendige hausinterne Verkabelung) zu transportieren, beweisen mußten.

Ergebnis dieses Tests war, daß jener Hersteller, der nicht für die Probeinstallation im Jahre 1985 herangezogen worden war, diese Aufgabe bei weitem besser bewerkstelligte, sodaß die endgültige Systementscheidung zugunsten dieses Unternehmens ausfiel. Die zwischenzeitig angemieteten anderen EDV-Systemkomponenten wurden - unter voller Anrechnung der vom Verfassungsgerichtshof bezahlten Miete - Anfang des Jahres 1987 vom Bundeskanzleramt angekauft, sodaß ein verlorener Aufwand für den Bund nicht entstanden ist.

Mit der Entscheidung für eine Verbindung von EDV und digitaler Telefonie beschreitet der Verfassungsgerichtshof einen im Bundesbereich und - soweit bekannt - im gesamten öffentlichen Bereich neuen Weg.

Im Dezember 1986 wurde die neue Anlage, durch die bis zum Jahre 1989 ein umfassendes Büroautomationssystem in 5 Ausbaustufen realisiert werden soll, im Verfassungsgerichtshof installiert.

b) Sonstiges:

Im Laufe des Jahres 1986 wurde die Amtseinrichtung für das Haus Jordangasse 7a (vormals Jordangasse 9) zur Gänze fertiggestellt und die Übersiedlung von Mitgliedern und Mitarbeitern des Verfassungsgerichtshofes in diese Räumlichkeiten nahezu abgeschlossen.

V. Internationale Beziehungen:

Im Berichtsjahr konnten die bereits bestehenden Kontakte zu anderen europäischen Höchstgerichten weiterhin vertieft werden.

Der Präsident des Verfassungsgerichtshofes hielt sich auf Einladung des Präsidenten des italienischen Verfassungsgerichts vom 9. bis 12. April 1986 zu einem offiziellen Besuch in Rom auf.

Nahezu alle Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland waren im Mai 1986 zu einem dreitägigen Meinungsaustausch Gäste des Verfassungsgerichtshofes in Wien.

VI. Wahrnehmungen:

1. Der Verfassungsgerichtshof hat in der Vergangenheit wiederholt beobachtet, daß Finanzbehörden anhängige Verfahren unerledigt ließen, wenn eine in diesen Verfahren anzuwendende Bestimmung vom Gerichtshof in Prüfung gezogen wurde; dies offenbar, um den Ausgang des Rechtsstreites abzuwarten. Dadurch wird den betroffenen Abgabepflichtigen die Möglichkeit genommen, die von ihnen betriebenen Rechtssachen zu Anlaßfällen der jeweiligen Gesetzesprüfungsverfahren zu machen.

Gemäß Art. 140 Abs. 7 B-VG ist nämlich ein aufgehobenes Gesetz auf die vor der Aufhebung verwirklichten Tatbestände - mit Aus-

- 11 -

nahme des Anlaßfalles - weiterhin anzuwenden, sofern der Gerichtshof in seinem aufhebenden Erkenntnis nicht anderes ausspricht, mit der Folge, daß die in Rede stehenden Fälle grundsätzlich weiterhin nach der für verfassungswidrig erkannten Rechtslage zu beurteilen sind.

Aus diesem Grund hat der Verfassungsgerichtshof z.B. anlässlich der Aufhebung des § 1 Abs. 1 Z 1 des Grunderwerbsteuergesetzes ausgesprochen, daß die aufgehobene Bestimmung u.a. auch in jenen Rechtssachen nicht mehr anzuwenden ist, in denen im Zeitpunkt der öffentlichen Ausschreibung der mündlichen Verhandlung ein Berufungsverfahren anhängig war.

Sollte die genannte, den Rechtsschutz unterlaufende Praxis der Finanzbehörden weiterhin beobachtet werden, so wird der Verfassungsgerichtshof verstärkt von der oben genannten Möglichkeit eines Ausspruches nach Art. 140 Abs. 7, 2. Satz, letzter Halbsatz B-VG Gebrauch machen müssen.

2. Zu GZ A 1/82 brachte die Stadt Wien am 7. April 1982 eine Feststellungsklage gegen den Bund im Zusammenhang mit dem Ersatz des "klinischen Mehraufwandes" nach § 55 Z 2 KAG ein. Die Klage wurde vom Verfassungsgerichtshof am 1. Oktober 1984 im wesentlichen mit der Begründung zurückgewiesen, das Klagebegehren sei nicht auf die - zulässige - Feststellung eines nach Art. 137 B-VG klagbaren Anspruches, sondern vielmehr der Sache nach ausschließlich auf die Klärung der Frage gerichtet gewesen, welche Technik praktisch anzuwenden ist, um die Höhe des tatsächlichen klinischen Mehraufwandes zu eruieren.

In einer von Vizebürgermeister Mayr gemeinsam mit Seitlinger verfaßten Schrift "Patient Krankenhaus? Kostenbremse ohne Sozialabbau" wurde dieser Beschluß des Verfassungsgerichtshofes wie folgt kommentiert:

- 12 -

"Das Abschmettern einer Verfassungsklage nach einem derart langen Zeitraum und mit einer bloß formalen Begründung läßt den Verdacht aufkommen, daß der Verfassungsgerichtshof davor zurückschreckte, die Finanzen des Bundes durch ein dem Bund nicht sehr genehmes Urteil zu belasten. Bloß das Aufkommen dieses Verdachtes, daß bei der Handlungsweise des Verfassungsgerichtshofes auch politische Überlegungen mit im Spiel waren, stärkt gerade nicht das Vertrauen in einen obersten Gerichtshof. Wien bringt nun 1985 erneut eine Klage ein - diesmal eine Leistungsklage."

Der Verfassungsgerichtshof nimmt den vorliegenden Bericht zum Anlaß, sein Befremden über die zitierten Ausführungen eines leitenden Organes einer Gebietskörperschaft zum Ausdruck zu bringen, und weist mit Nachdruck darauf hin, daß er sie unangebracht findet.

3. Eine zu GZ B 233/86 protokollierte Beschwerde richtete sich gegen die vom Landeshauptmann von Oberösterreich ausgesprochene Abweisung einer Berufung gegen eine Vollstreckungsverfügung, die den zwangsweisen Vollzug einer rechtskräftigen Enteignung von Grundstücken der Beschwerdeführer zu Zwecken des Ausbaues der Scharnsteiner Straße, B 120, gemäß § 20 Abs. 4 Bundesstraßengesetz iVm § 10 Verwaltungsvollstreckungsgesetz anordnete.

Dem mit dieser Beschwerde verbundenen Antrag auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung gab der Verfassungsgerichtshof am 4. April 1986 (dem Landeshauptmann von Oberösterreich zugestellt am 9. April 1986) mit der Begründung Folge, daß die Behörde das Entgegenstehen zwingender öffentlicher Interessen nicht konkret dargetan habe und nach Abwägung aller berührten Interessen mit dem Vollzug des angefochtenen Bescheides für die Beschwerdeführer ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre.

In Mißachtung dieses Beschlusses des Verfassungsgerichtshofes wurde jedoch nach der Aktenlage am 22. April 1986 auf dem Grundstück der Beschwerdeführer mit Bauarbeiten begonnen. (Erst zwei Tage später gelang es dem Verfassungsgerichtshof, die Einstellung dieser Arbeiten zu erwirken.)

- 13 -

Der Verfassungsgerichtshof nimmt diesen Bericht zum Anlaß, sein Befremden über die Vorgangsweise der belangten Behörde zum Ausdruck zu bringen.

Wien, am 18. März 1987

Der Präsident:

Dr. A d a m o v i c h

1. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1986

	Am 1.1.1986								ins- ge- samt	neu anhän- gig aus 1986	erledigt wurden im Jahre 1986 in														ins- ge- samt erlie- digt	am 31.12. 1986 ins- gesamt anhän- gig	davon zur Normen- prüfung unter- brochen
											öffentlicher Sitzung				nichtöffentlicher Sitzung						amts- wegige Strei- chung						
	an- hän- gig aus 1978	an- hän- gig aus 1979	an- hän- gig aus 1980	an- hän- gig aus 1981	an- hän- gig aus 1982	an- hän- gig aus 1983	an- hän- gig aus 1984	an- hän- gig aus 1985			statt- ge- ben	abge- wie- sen	zu- rück- ge- wie- sen	ein- ge- stellt	statt- ge- ben	abge- wie- sen	zu- rück- ge- wie- sen	ein- ge- stellt	Behand- lung abge- lehnt 1*	Behand- lung abge- lehnt 2*		Behand- lung abge- lehnt 1,2*					
Vermögensrechtliche Ansprüche nach Art. 137 B-VG (A)	0	0	2	0	0	2	0	35	39	13	1	0	0	0	28	4	8	1	0	0	0	0	42	10	0		
Meinungsverschiedenheiten mit dem Rechnungshof nach Art. 126 a B-VG (KR)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Kompetenzkonflikte nach Art. 138 Abs. 1 B-VG (K I)	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0		
Kompetenzfeststellungen nach Art. 138 Abs. 2 B-VG (K II)	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0		
Prüfungen von Verordnungen nach Art. 139 B-VG (V)	0	0	0	0	5	7	3	25	40	88 ¹	5	4	0	0	46	3	29	2	0	0	0	2	91	37	5		
Prüfungen von Gesetzen nach Art. 140 B-VG (G)	0	0	0	0	1	1	3	39	44	272 ² ₄	114	1	0	0	54	7	25	4	0	0	0	9	214	102	0		
Wahlanfechtungen nach Art. 141 B-VG (W I)	0	0	0	0	0	0	1	13	14	15	0	1	0	0	7	7	9	2	0	0	0	1	27	2	0		
Anträge auf Mandatsverluste nach Art. 141 B-VG (W II)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Volksbegehren - Anfechtung nach Art. 141 B-VG (W III)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Anklage gegen oberste Organe des Bundes und der Landesverwaltung nach Art. 142 und 143 B-VG (E)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Beschwerden nach Art. 144 B-VG (B)	1	0	2	0	7	81	182	536	809	1295 ³	15	3	2	0	161	171	220	41	193	230	246	69	1354	753	130		
Beschwerden wegen Völkerrechtsverletzungen nach Art. 145 B-VG (BVÖ)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
	1	0	4	0	13	92	189	649	948	1683	135	9	2	0	296	192	293	50	193	230	246	81	1727 ⁵	904	135		

- 1* Ablehnung der Behandlung der Beschwerde, weil sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat (Tatbestand 1 des Art. 144 Abs. 2 B-VG idF BGBl 296/1984)
 - 2* Ablehnung der Behandlung der Beschwerde, weil von der Entscheidung die Klärung einer verfassungsrechtlichen Frage nicht zu erwarten ist (Tatbestand 2 des Art. 144 Abs. 2 B-VG idF BGBl 296/1984)
 - 1,2* Ablehnung der Behandlung der Beschwerde aufgrund beider Tatbestände des Art. 144 Abs. 2 B-VG idF BGBl 296/1984
-
- 1) Hievon entfallen 34 auf Individualanträge, 38 auf amtswegige Prüfungen, 12 auf Anträge des Verwaltungsgerichtshofes; 4 Anträge entfallen auf ordentliche Gerichte
 - 2) Hievon entfallen 46 auf Individualanträge, 72 auf amtswegige Prüfungen, 146 auf Anträge des Verwaltungsgerichtshofes; 8 Anträge entfallen auf ordentliche Gerichte
 - 3) Davon entfallen 74 auf Beschwerden in Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt gesetzte Verwaltungsakte
 - 4) Davon entfallen 227 Normenprüfungen auf Bundesgesetze, 45 auf Landesgesetze
 - 5) Von den nach Abzug der 81 Streichungen verbleibenden Fälle wurden in öffentlicher Sitzung 146, in nichtöffentlicher Sitzung 1500 erledigt

2. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1986

Aufgliederung der im Jahre 1986 angefallenen Verfahren nach Art. 140 B-VG

Abgabenordnung Wien	2
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	4
Amtshaftungsgesetz	1
Apothekergesetz	2
Apothekerkammergesetz	1
Arbeitslosenversicherungsgesetz	1
Außenhandelsgesetz	1
Bauernsozialversicherungsgesetz	2
Beamten-dienstrechtsgesetz	2
Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz	1
Bezügegesetz Tirol	2
Bundesabgabenordnung	2
Bundesgesetz über die Tragung der Kosten für die Beseitigung von Tierkörpern	4
Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz	1
Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter	1

Einkommensteuergesetz	6
Energieförderungsgesetz	4
Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz	1
Gebührengesetz	4
Gehaltsgesetz	1
Gehaltsüberleitungsgesetz	2
Gelegenheitsverkehrsgesetz	51
Gerichtsgebührengesetz	4
Gewerbsteuergesetz	2
Grunderwerbsteuergesetz	70
Grundverkehrsgesetz Salzburg	9
Grundverkehrsgesetz Tirol	2
Habsburgergesetz	1
Heeresdisziplinargesetz	2
Heeresversorgungsgesetz	2
Kanalabgabengesetz Steiermark	1
Kanalgesetz Niederösterreich	1
Konkursordnung	1
Kraftfahrgesetz	6
Krankenanstaltengesetz Steiermark	1
Landesbeamtengesetz Steiermark	1
Landesbedienstetengesetz Vorarlberg	1
Landespolizeistrafgesetz Salzburg	2
Marktordnungsgesetz	1
Mediengesetz	14
Mühlengesetz	1
Nationalratswahlordnung	1
Pensionsgesetz	7

Polizeistrafgesetz Oberösterreich	1
Raumplanungsgesetz Vorarlberg	3
Rechtsanwaltsprüfungsgesetz	1
Sachwaltergesetz	1
Sozialhilfegesetz Steiermark	2
Stadterneuerungsgesetz	2
Stadtrecht der Landeshauptstadt Innsbruck	1
Strafgesetzbuch	3
Straßenverkehrsordnung	7
Schülerbeihilfengesetz	1
Weingesetz	2
Wirtschaftstreuhänder-Berufsordnung	1
Wohnbauförderungs-Grundsteuerbefreiungsgesetz Salzburg	1
Zivilprozeßordnung	1

3. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1986

Aufgliederung der im Jahre 1986 angefallenen Verfahren nach Art. 139 B-VG

Bebauungsplan der Stadtgemeinde Leonding vom 30.1.1981	1
Betriebs- und Umlagenordnung der Ärztekammer für Steiermark	1
Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses des Milchwirtschaftsfonds vom 10.6.1986	1
Beschluß des Gemeinderates der Stadt Wien vom 23.9.1982, Amtsblatt der Stadt Wien 40/1982 idF 42/1984	1
Beschluß des Hauptverbandes der Bundeskammer der Tierärzte Österreichs vom 1.4.1978 betreffend Festsetzung von Fondsumlagen	1
Beschluß des Hauptverbandes der Bundeskammer der Tierärzte Österreichs vom 31.3.1979 betreffend Festsetzung von Fondsumlagen	1
Beschluß des Kammertages der Kammer der Wirtschaftstreuhänder vom 12.12.1981, betreffend die Festsetzung der Grundgebühr und der Umsatzgebühr für das Jahr 1982	1
Beschluß des Planungsausschusses der Landeshauptstadt Salzburg vom 9.1.1985 (Abänderung des Bebauungsplanes 3c)	1
Erlaß des Bundesministers für Finanzen vom 23.12.1969, Z 384.292-19/69	1
Erlaß des Bundesministers für Finanzen vom 8.6.1972, Z 380.704-19/72	1
Erlaß des Bundesministers für Landesverteidigung vom 28.6.1982, Z 52 122/491-4.9/82	1
Flächenwidmungsplan der Gemeinde Ansfelden vom 15.12.1982	1
Flächenwidmungsplan der Gemeinde Ellmau vom 12.3.1981	1
Flächenwidmungsplan der Gemeinde Ischgl vom 8.5.1984	1

Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Leonding vom 30.1.1981	1
KanalgebührenO der Gemeinde Kramsach vom 22.7.1981	1
Klagenfurter VergnügungssteuerVO vom 13.12.1982, Z 11.377/82	1
LadenschlußVO Tirol, LGB1 19/1965	1
NotstandshilfeVO, BGB1 352/1973	1
Satzung des Versorgungsfonds der Bundeskammer der Tierärzte Österreichs vom 27.3.1976	1
UmlagenO betreffend die Einhebung von Umlagen und Gebühren durch die Kammer der Wirtschaftstreuhänder idF vom 27.3.1982	1
VO der BH Bludenz vom 18.1.1985, Z III-V/600 A/85	1
VO der BH Dornbirn vom 14.1.1985, Z III 624/85	1
VO der BH Innsbruck vom 10.6.1986, Z1 4-28/5-4/86	1
VO der BH Kitzbühel vom 1.12.1972, Z III-15/30	1
VO der BH Neunkirchen vom 3.12.1981 betreffend Überholverbot	1
VO der BH Salzburg-Umgebung vom 14.8.1970 idF 13.6.1973, Z VI/2206/12-72	1
VO der BH Reutte vom 25.5.1986, Z 1759/5-86	1
VO des Bundesministers für Bauten und Technik vom 14.12.1984, BGB1 528/1984 idF 158/1985	1
VO des Bundesministers für Gesundheit um Umwelt- schutz vom 6.12.1985, BGB1 541/1985	1
VO des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 30.7.1985 betreffend Preisbe- stimmung für Milch	1
VO des Bundesministers für Verkehr vom 5.10.1978, BGB1 514/1978	1
VO des Bundesministers für Verkehr vom 17.8.1976, Z 69.164/3-IV/5-1976	1
VO des Bürgermeisters der Freistadt Eisenstadt vom 1.3.1983	1
VO des Bürgermeisters der Gemeinde Hittisau vom 7.10.1982	1

VO des Bürgermeisters der Gemeinde Koblach vom 28.9.1982	1
VO des Bürgermeisters der Gemeinde Nußdorf-Debant vom 19.5.1983	2
VO des Bürgermeisters der Gemeinde Virgen vom 28.7.1982	2
VO des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Bregenz vom 28.6.1983	1
VO des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Graz über Kanalisationsbeiträge vom 26.6.1980, Amts- blatt der Landeshauptstadt Graz 13/1980	1
VO des Bürgermeisters der Marktgemeinde Angern an der March vom 23.9.1985	1
VO des Bürgermeisters der Marktgemeinde Schönberg/ Kamp ex 1985	1
VO des Bürgermeisters der Ortsgemeinde Maria Alm vom 23.11.1982	1
VO des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Kitzbühel vom 3.5.1983	2
VO des Bürgermeisters der Stadt Salzburg vom 16.4.1982	3
VO der Gemeinde Draßburg-Baumgarten vom 14.2.1981	1
VO der Gemeinde Katzelsdorf vom 20.2.1979, Z I-F-9/29-1979	1
VO der Gemeinde St. Gerold vom 21.10.1985	1
VO des Gemeinderates der Gemeinde Keutschach am See vom 21.7.1972	1
VO des Gemeinderates der Gemeinde Vogau vom 29.9.1983 (Flächenwidmungsplan)	1
VO des Gemeinderates der Gemeinde Weißenstein vom 25.10.1985 (Flächenwidmungsplan)	1
VO des Gemeinderates der Marktgemeinde Admont vom 11.4.1979 (KanalabgabenO)	1
VO des Gemeinderates der Marktgemeinde Michels- hausen idF vom 27.3.1986	2

VO des Gemeinderates der Marktgemeinde Seewalchen/ Attersee vom 8.3.1983	1
VO des Gemeinderates der Marktgemeinde St. Georgen am Ybbsfeld vom 25.10.1982, Z 031/1982	1
VO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Klagenfurt vom 11.12.1985, Z 1A 8601/163/85	1
VO des Gemeinderates der Stadtgemeinde Güssing vom 17.6.1985, Protokoll Nr 351/7	1
VO des Gemeinderates der Stadtgemeinde Herzogen- burg vom 29.10.1979	1
VO des Gemeinderates der Stadtgemeinde Spittal a.d. Drau vom 16.12.1980, Z 140-1/1980	1
VO des Gemeinderates der Stadt Wien vom 26.6.1978, PrZ 2360/78 (Plandokument Nr 5520)	1
VO des Gemeinderates der Stadt Wien vom 25.11.1983, PrZ 3376/83 (Plandokument Nr. 5747)	1
VO des Gemeinderates der Stadt Wien vom 22.3.1985, PrZ 876/85 (Plandokument Nr. 5820)	1
VO des Gemeinderates der Stadt Wien vom 23.9.1985, PrZ 2822/85 (Plandokument 5640)	1
VO der Gemeindevertretung von Damüls vom 14.3.1979	1
VO des Landeshauptmannes von Steiermark vom 28.11.1979, LGB1 90/1979	3
VO des Magistrates der Stadtgemeinde Salzburg vom 21.5.1986, Z IX/3-21697/1-76	1
VO des Magistrates Salzburg vom 24.1.1985, Z I/1-10490/5-84	1
VO des Magistrates der Stadt Wien vom 17.3.1982, Z MA 46-VI-23/82/G1a	1
VO des Magistrates der Stadt Wien vom 25.7.1984, Z MA 46-B 19-3618-3620/84	1
VO der Niederösterreichischen Landesregierung vom 24.1.1984, LGB1 5000/3-0	1
VO der Salzburger Landesregierung vom 18.9.1981, LGB1 88/1981	1
VO der Salzburger Landesregierung vom 8.6.1984, LGB1 48/1984	1

VO der Steiermärkischen Landesregierung vom 27.6.1983,
LGB1 40/1983

1

VO der Wiener Landesregierung vom 9.3.1982, LGB1 11/1982

1

4. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1986

Belangte Behörden im Beschwerdeanfall 1986

Abgabenberufungskommission Wien	6
Akademischer Senat der Karl-Franzens-Universität Graz	1
Akademischer Senat der Universität Wien	1
Amtsführender Präsident des Landesschulrates für Kärnten	1
Ausschuß der Rechtsanwaltskammer für Vorarlberg	1
Ausschuß der Rechtsanwaltskammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland	1
Bauberufungskommission Salzburg	3
Bauoberbehörde für Wien	5
Berufungskommission für Heimarbeit	1
Berufungskommission in Bausachen Innsbruck	1
Berufungssenat der Stadt Wien	6
Beschwerdeausschuß der Ärztekammer für Steiermark	1
Beschwerdesenat der Salzburger Jägerschaft	1
Bezirksgericht Bruck an der Mur	2
Bezirksgericht Fünfhaus	1
Bezirksgericht Hernals	1
Bezirksgericht Korneuburg	4
Bezirksgericht Linz	1

Bezirkshauptmannschaft Bludenz	1
Bezirkshauptmannschaft Bregenz	6
Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Mur	2
Bezirkshauptmannschaft Dornbirn	1
Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung	84
Bezirkshauptmannschaft Feldkirch	3
Bezirkshauptmannschaft Freistadt	1
Bezirkshauptmannschaft Innsbruck	1
Bezirkshauptmannschaft Jennersdorf	1
Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf an der Krems	2
Bezirkshauptmannschaft Linz-Land	2
Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See	1
Bezirkshauptmannschaft Oberpullendorf	9
Bezirkshauptmannschaft Oberwart	1
Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung	1
Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land	2
Bezirkshauptmannschaft St. Johann im Pongau	2
Bezirkshauptmannschaft Schwaz	1
Bezirksjugendamt 12. Bezirk in Wien	1
Bezirkswahlbehörde Kufstein	1
Bezirkswahlbehörde Salzburg	1
Bundesentschädigungskommission beim BMF	1
Bundeskanzler	1
Bundesminister für Bauten und Technik	5
Bundesminister für Finanzen	16
Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz	6
Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie	8
Bundesminister für Inneres	29

Bundesminister für Justiz	8
Bundesminister für Landesverteidigung	25
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft	15
Bundesminister für öffentlichen Wirtschaft und Verkehr	23
Bundesminister für soziale Verwaltung	8
Bundesminister für Unterricht und Kunst	1
Bundesminister für Wissenschaft und Forschung	8
Bundespolizeidirektion Eisenstadt	1
Bundespolizeidirektion Graz	2
Bundespolizeidirektion Innsbruck	5
Bundespolizeidirektion Linz	2
Bundespolizeidirektion Salzburg	4
Bundespolizeidirektion Schwechat	1
Bundespolizeidirektion Wien	70
Bundespräsident	1
Burgenländische Landesregierung	2
Datenschutzkommission	2
Disziplinarcommission beim BMI	1
Disziplinarcommission beim BMJ	1
Disziplinaroberkommission beim BKA	1
Disziplinaroberkommission für Berufsoffiziere beim BMLV	1
Disziplinaroberkommission für Landeslehrer an allgemein bildenden Pflichtschulen	1
Disziplinarrat der Rechtsanwaltskammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland	1
Finanzamt für den 12., 13., 14. und 23. Bezirk in Wien	1
Finanzamt für Gebühren und Verkehrssteuern	1
Finanzamt Graz-Stadt	6
Finanzamt Klagenfurt	1

Finanzamt Salzburg-Stadt	1
Finanzlandesdirektion für Kärnten	9
Finanzlandesdirektion für Oberösterreich	18
Finanzlandesdirektion für Salzburg	7
Finanzlandesdirektion für Steiermark	53
Finanzlandesdirektion für Tirol	8
Finanzlandesdirektion für Vorarlberg	6
Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland	79
Finanzprokuratur	2
Gemeinde Brunnenthal	1
Gemeinderat Graz	8
Gemeinderätliche Personalkommission der Gemeinde Wien	1
Grundverkehrslandeskommission Niederösterreich	1
Grundverkehrssenat Vorarlberg	3
Justizanstalt Göllersdorf	1
Kammer der gewerblichen Wirtschaft	1
Kammer der Wirtschaftstreuhänder	1
Kammertag der Bundesingenieurkammer	1
Kärntner Landesregierung	14
Kommission zur Wahrung des Rundfunkgesetzes	2
Kreisgericht Korneuburg	8
Kreisgericht Leoben	2
Kreisgericht Wels	1
Landesagrarsenat Burgenland	1
Landesagrarsenat Kärnten	2
Landesagrarsenat Niederösterreich	5
Landesagrarsenat Oberösterreich	6

Landesagrarsenat Tirol	3
Landesagrarsenat Vorarlberg	1
Landesarbeitsamt Salzburg	1
Landesarbeitsamt Wien	4
Landesgericht für Strafsachen Wien	3
Landesgericht für Zivilrechtsachen Wien	1
Landesgericht Graz	1
Landesgericht Innsbruck	2
Landesgericht Linz	1
Landesgrundverkehrsbehörde Tirol	35
Landesgrundverkehrskommission Burgenland	1
Landesgrundverkehrskommission Oberösterreich	3
Landeshauptmann von Burgenland	1
Landeshauptmann von Kärnten	12
Landeshauptmann von Niederösterreich	24
Landeshauptmann von Salzburg	7
Landeshauptmann von Steiermark	8
Landeshauptmann von Tirol	3
Landeshauptmann von Vorarlberg	10
Landeshauptmann Wien	21
Leiter des landesgerichtlichen Gefangenenhauses Salzburg	1
Magistratsdirektion Wien	2
Marktgemeinde Pöchlarn	1
Milchwirtschaftsfonds	4
Militärkommando Niederösterreich	2
Militärkommando Salzburg	1
Militärkommando Steiermark	1
Niederösterreichische Landesregierung	35

Oberkommission für Jagd- und Wildschäden Verwaltungsbezirk Gänserndorf	1
Oberlandesgericht Graz	2
Oberlandesgericht Innsbruck	1
Oberlandesgericht Wien	6
Oberösterreichische Landesregierung	14
Oberste Berufungskommission und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter	4
Oberster Agrarsenat	6
Oberster Patent- und Markensenat	1
Österreichische Nationalbank, Prüfungsstelle für den Zahlungsverkehr mit dem Auslande	1
Paritätische Schiedskommission Vorarlberg	1
Post- und Telegraphendirektion für Wien, NÖ und Bgld.	1
Präsident Handelsgericht Wien	1
Präsident Kreisgericht St. Pölten	1
Präsident Landesgericht Eisenstadt	5
Präsident Landesgericht für Strafsachen Graz	4
Präsident Landesgericht für Strafsachen Wien	1
Präsident Landesgericht Innsbruck	2
Präsident Landesgericht Salzburg	2
Präsident Oberlandesgericht Innsbruck	1
Salzburger Landesregierung	12
Sicherheitsdirektion Burgenland	5
Sicherheitsdirektion Niederösterreich	1
Sicherheitsdirektion Tirol	3
Sicherheitsdirektion Vorarlberg	2
Sicherheitsdirektion Wien	7
Stadtgemeinde Innsbruck	1

Stadtgemeinde Lienz	1
Stadtsenat Graz	1
Stadtsenat Innsbruck	1
Stadtsenat Salzburg	2
Stadtsenat St. Pölten	1
Steiermärkische Landesregierung	31
Strafvollzugsanstalt Hirtenberg	4
Strafvollzugsanstalt Stein	3
Schiedskommission beim Landesinvalidenamt für Vorarlberg	1
Schiedskommission beim Landesinvalidenamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland	1
Schiedsstelle BMJ	1
Tiroler Landesregierung	28
Verwaltungsgerichtshof	4
Vorarlberger Landesregierung	22
Vorstand der Bundeskammer der Tierärzte	2
Wiener Landesregierung	20
Zentralwahlausschuß beim Amt der Kärntner Landesregierung	49
Zivildienstoberkommission BMI	77
Zollamt Klagenfurt	1

5. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1986

Normen, deren Anwendung Grundlage der im Jahre 1986 eingebrachten Beschwerden nach Art. 144 B-VG war

Abgabenexekutionsordnung	1
Abgabenverfahrensgesetz Vorarlberg	1
Agrarbehördengesetz	2
Agrarverfahrensgesetz	4
Alkoholabgabengesetz	1
Allgemeines Hochschulstudiengesetz	2
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	7
Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz	22
Amtshaftungsgesetz	1
Anzeigenabgabengesetz Niederösterreich	1
Apothekergesetz	5
Arbeitnehmerschutzgesetz	3
Arbeitslosenversicherungsgesetz	1
Arbeitsruhegesetz	9
Arzneimittelgesetz	1
Bauernsozialversicherungsgesetz	2
Baugesetz Vorarlberg	4
Baumschutzgesetz Wien	1

Bauordnung Kärnten	2
Bauordnung Niederösterreich	10
Bauordnung Steiermark	6
Bauordnung Tirol	6
Bauordnung Wien	6
Beamten-Dienstrechtsgesetz	5
Bebauungsgrundlagengesetz Salzburg	2
Berggesetz	2
Betriebsflächenschutzgesetz Steiermark	1
Bewertungsgesetz	2
Bundesabgabenordnung	16
Bundesstraßengesetz	1
Bundesschulaufsichtsgesetz	1
Datenschutzgesetz	2
Denkmalschutzgesetz	1
Devisengesetz	1
Dienstrechtsverfahrensgesetz	2
Disziplinarstatut der Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter	3
EGVG	3
Einkommensteuergesetz	42
Eisenbahngesetz	2
Elektrizitätsgesetz Kärnten	1
Entschädigungsgesetz CSSR	1
Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz	3
Familienlastenausgleichsgesetz	2
Finanzstrafgesetz	10
Fischereigesetz Oberösterreich	2

Flurverfassungsgesetz Oberösterreich	2
Flurverfassungsgesetz Tirol	2
Flurverfassungslandesgesetz Niederösterreich	3
Forstgesetz	2
Fremdenpolizeigesetz	29
Fremdenverkehrsförderungsfondsgesetz Salzburg	1
Fremdenverkehrsförderungsgesetz Burgenland	10
Futtermittelgesetz	1
Gebrauchsabgabengesetz Niederösterreich	1
Gebührenanspruchsgesetz	1
Gebührengesetz	18
Geflügelimportausgleichsgesetz	1
Geflügelwirtschaftsgesetz	4
Gehaltsgesetz	5
Gehsteigabgabengesetz Tirol	1
Gelegenheitsverkehrsgesetz	1
Gemeindebedienstetengesetz Kärnten	1
Gemeindegesetz Vorarlberg	1
Gemeindeordnung Niederösterreich	1
Gemeindeplanungsgesetz Kärnten	2
Gemeindeverwaltungsabgabengesetz Steiermark	1
Gerichtliches Einbringungsgesetz	2
Gerichtsgebührengesetz	13
Getränkesteuergesetz Wien	1
Getränke- und Speiseeissteuergesetz Niederösterreich	1
Gewerbeordnung	19
Gewerbsteuergesetz	2
Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz	9

Grunderwerbsteuergesetz	86
Grundverkehrsgesetz Burgenland	1
Grundverkehrsgesetz Niederösterreich	1
Grundverkehrsgesetz Oberösterreich	4
Grundverkehrsgesetz Salzburg	9
Grundverkehrsgesetz Tirol	35
Grundverkehrsgesetz Vorarlberg	2
Güterbeförderungsgesetz	1
Habsburgergesetz	1
Handelskammergesetz	1
Heeresdisziplinargesetz	2
Heeresgebührengesetz	1
Heimarbeitsgesetz	1
Impfschadengesetz	1
Importausgleichsgesetz	1
Ingenieurkammergesetz	1
Insolvenzentgeltsicherungsgesetz	3
Interessentenbeiträgegesetz Salzburg	2
Invalideneinstellungsgesetz	2
Jagdgesetz Kärnten	1
Jagdgesetz Niederösterreich	3
Jagdgesetz Salzburg	2
Jagdgesetz Tirol	1
Jugendgesetz Vorarlberg	2
Jugendwohlfahrtsgesetz	1
Kanalabgabengesetz Burgenland	85
Kanalabgabengesetz Steiermark	1
Kanalgesetz Niederösterreich	11

Kanalisationsgesetz Vorarlberg	1
Kapitalverkehrssteuergesetz	1
KFZ-Steuergesetz	4
Kommunalstrukturverbesserungsgesetz NÖ	1
Körperschaftssteuergesetz	2
Kraftfahrgesetz	17
Kriegsopferabgabengesetz Vorarlberg	1
Kriegsopferversorgungsgesetz	2
Kulturflächenschutzgesetz Oberösterreich	1
Kunsthochschulstudiengesetz	1
Landarbeiterkammergesetz Steiermark	9
Landesabgabenordnung Kärnten	1
Landesabgabenordnung Steiermark	1
Landesabgabenordnung Tirol	1
Landesgesetz Oberösterreich über Lagerung und Verfeuerung von brennbaren Flüssigkeiten	1
Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz	1
Landespersonalvertretungsgesetz Kärnten	49
Landespolizeigesetz Tirol	1
Landschaftsschutzgesetz Vorarlberg	7
Landwirtschaftliches Siedlungsgesetz Oberösterreich	1
Landwirtschaftliches Siedlungsgesetz Tirol	1
Lebensmittelgesetz	1
Marktordnungsgesetz	1
Mediengesetz	1
Mietrechtsgesetz	1
Mühlengesetz	1
Müllabfuhrgesetz Wien	1

Nationalratswahlordnung	1
Naturschutzgesetz Niederösterreich	2
Ortstaxengesetz Salzburg	1
Paßgesetz	2
Patentgesetz	1
Pensionsgesetz	13
Pensionsordnung Wien	1
Pflichtschulgesetz Niederösterreich	2
Pflichtschulorganisationsgesetz Oberösterreich	1
Polizeistrafgesetz Oberösterreich	1
Pornographiegesezt	24
Postgesetz	2
Preisgesetz	1
Raumordnungsgesetz Niederösterreich	2
Raumordnungsgesetz Steiermark	5
Raumordnungsgesetz Tirol	2
Rechtsanwaltsordnung	4
Sittenpolizeigesetz Vorarlberg	1
Sozialhilfegesetz Burgenland	1
Sozialhilfegesetz Kärnten	2
Sozialhilfegesetz Niederösterreich	1
Sozialhilfegesetz Salzburg	1
Sozialhilfegesetz Wien	4
Staatsvertrag von Wien	2
Strafgesetzbuch	5
Strafprozeßordnung	5
Strafvollzugsgesetz	2
Straßengesetz Kärnten	1

Straßengesetz Tirol	4
Straßengesetz Vorarlberg	2
Straßenverkehrsordnung	31
Strukturverbesserungsgesetz	1
Studienförderungsgesetz	3
Schischulgesetz Salzburg	1
Schischulgesetz Tirol	5
Schrottlenkungsgesetz	1
Tierärztegesetz	2
Tierschutzgesetz Steiermark	1
Umsatzsteuergesetz	14
Urheberrechtsgesetz	2
Veranstaltungsgesetz Wien	1
Verbotsgesetz	1
Vereinsgesetz	2
Vergnügungssteuergesetz Wien	1
Versammlungsgesetz	1
Verwaltungsstrafgesetz	11
Verwaltungsvollstreckungsgesetz	4
Viehwirtschaftsgesetz	2
Waffengesetz	1
Wasserrechtsgesetz	7
Wehrgesetz	5
Wirtschaftstreuhänder-Berufsordnung	3
Wohnhaussanierungsgesetz	1
Zivildienstgesetz	75
Zivilprozeßordnung	1
Zollgesetz	1

Zusammenlegungsgesetz Oberösterreich	3
Zustellgesetz	1